DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Wolfgang Lutz:

- Bevölkerungsprognosen sind mit Unsicherheiten verknüpft und werden deshalb in unterschiedlichen Intervallen revidiert
- Da die Migration auch stark durch unvorhersehbare Ereignisse (z.B. Flüchtlingsströme) beeinflusst wird, weichen die tatsächlichen Entwicklungen oft sehr stark von den zugrunde liegenden Migrationsannahmen ab
- Mittelfristig und langfristig weicht auch die tatsächliche Entwicklung von Geburtenrate und Lebenserwartung mitunter erheblich von den Annahmen ab
- Die Geburtenraten sind in allen Ländern Europas gesunken, allerdings mit Unterschieden im Hinblick auf den zeitlichen Verlauf und die Intensität
- Der bis in die zweite Hälfte der 1980er Jahre bestehende negative Zusammenhang zwischen Geburtenraten und Erwerbstätigkeit der Frauen hat sich mittlerweile umgekehrt: Heute haben gerade die Länder mit der höchsten Erwerbsbeteiligung von Frauen (Skandinavien aber auch Frankreich) die höchsten Geburtenraten. Die künftige Entwicklung lässt sich nicht prognostizieren
- Auch der Wunsch nach Kindern hat abgenommen – in Österreich v.a. bei Männern: durchschnittlich gelten 1,3 Kinder als ideal und ein Drittel der jungen Menschen will gar keine Kinder
- Besonders schwierig ist die Schätzung des zukünftigen Pflegebedarfs, da dieser stark von der Entwicklung der so genannten beschwerdefreien oder beschwerdearmen Jahre abhängt. Eine relativ geringe Ausdehnung dieses Bereichs um 2-3 Jahre kann dazu führen, dass der Pflegebedarf auch bei stark steigendem Altenanteil nicht steigt oder sogar sinkt
- Es ist auch wichtig zu betonen, dass demographische Entwicklungen nur zum Teil Schicksal sind und es durchaus Möglichkeiten der politischen Einflussnahme gibt

Gerd Bosbach:

- Charakteristisch für die mediale Diskussion der demographischen Entwicklung in Deutschland ist seit rund drei Jahren, dass eine Schreckensmeldung die andere jagt. Zudem wird auch mit Zahlen äußerst leichtfertig operiert und die mediale Aufbereitung von Bevölkerungsprognosen ist oft eher beliebig

- Selbst Meldungen, die keinerlei Wahrheitsgehalt haben, bleiben in den Köpfen haften

- Im Unterschied zu Negativmeldungen, die immer für Schlagzeilen gut sind, gehen Positivmeldungen in den Medien eher unter. Es stellt sich die Frage, wer Interesse an einer verzerrten Demographiediskussion hat und wer davon profitiert?

- Profitieren können zunächst einmal die Unternehmen: sie geben auch offen zu, dass sie über eine (Teil)Privatisierung der Renten eine Senkung der Lohnneben- bzw. der Arbeitskosten erreichen wollen. Die demographische Panikmache soll dazu den Boden zubereiten, weil sonst in Deutschland die Bereitschaft zur Privatisierung der Alterssicherung nicht gegeben wäre

- Es sind zudem die Versicherungswirtschaft und andere Finanzdienstleister: In Deutschland werden derzeit rund 240 Mrd. € für die RentnerInnen ausgegeben und die Versicherungswirtschaft will an diesem Kuchen über die Privatisierung der Alterssicherung teilhaben

- Nicht zuletzt hat die Diskussion in der heutigen Form auch für PolitikerInnen Vorteile: Einschnitte – wie etwa Nullrunden bei den Renten oder die Einführung einer Praxisgebühr für Arztbesuche – werden immer mit der demographischen Entwicklung bis 2050 begründet. Heutige Finanzierungsprobleme des Sozialsystems haben aber mit der demographischen Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten nichts zu tun

- In der Vergangenheit wurden demographische Herausforderungen bewältigt, die bedeutend größer waren als das, was in den nächsten 30 bis 50 Jahren auf uns zukommt, ohne dass daraus dramatische Krisen entstanden wären

Gunther Tichy:

- Die demographischen Herausforderungen sind mit einer vernünftigen Politik durchaus zu lösen, sie wurden jedoch zu einem demographischen Belastungsmythos hochgespielt

- Die Belastungsquoten hängen von den jeweiligen Prognoseannahmen ab und wurden für Österreich zuletzt deutlich nach unten revidiert

- Meistens ist aber bereits die Fragestellung falsch: denn nicht die Jungen erhalten die Alten, sondern die Erwerbstätigen erhalten alle Nichterwerbstätigen

- In Österreich sind bis zu 1 Million Menschen im Erwerbsalter nicht erwerbstätig. Dies zeigt deutlich, dass der weitere Verlauf der richtig berechneten

Belastungsquoten vor allem von der Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängen wird

- Die Entlastung des Arbeitsmarktes durch einen demographisch bedingten Angebotsrückgang ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Mit einer Wende auf dem Arbeitsmarkt in Form einer generellen Verknappung von Arbeitskräften ist frühestens ab 2030 zu rechnen. Bis dahin wird Arbeitslosigkeit unser größtes Problem sein. Daher wird in den nächsten 20 Jahren Beschäftigungspolitik die zentrale Aufgabe der Politik bleiben. An dieser Grundproblematik werden weder Änderungen bei Mortalität und Fertilität noch Schwankungen bei der Migration viel ändern

- Demnach wird entscheidend sein, wie weit es gelingt, die Arbeitslosigkeit zu senken und die Beschäftigungsquoten der Über-50-Jährigen zu erhöhen. Diese Zusammenhänge werden in der öffentlichen Diskussion weitestgehend vernachlässigt

- Statt dessen wird der demographische Belastungsmythos als Argument für die angebliche Unfinanzierbarkeit unseres Pensionssystems, die Notwendigkeit von Leistungskürzungen und den Umstieg auf privatwirtschaftliche Systeme missbraucht

- Tatsächlich wird – je nach Annahmen über die Produktivitätsentwicklung – das Sozialprodukt im Jahr 2050 um 60% bis 125% größer als heute sein. Es müsste sehr schlecht um eine Gesellschaft bestellt sein, wenn sie daraus die Pensionen nicht zahlen könnte

- Ein auf dem Umlageverfahren basierendes Pensionssystem ist unverzichtbar, da nur dieses gegen große Risken wie Kriege oder Inflation in dem Sinne absichern kann, dass die Risken bzw. deren Folgen fair auf die gesamte Gesellschaft verteilt werden. Bei einem Kapitaldeckungsverfahren würden die Lasten einer Vermögensvernichtung allein den Alten aufgebürdet, da sie dabei den Deckungsstock ihrer Pensionen verlieren würden

Günther Chaloupek:

- Trotz gegenteiliger Vorstellungen ist aus heutiger Sicht bis 2020 kein genereller Rückgang des Arbeitskräfteangebots absehbar. Darüber hinaus gibt es noch beträchtliche Reserven zur Ausweitung des Beschäftigungsvolumens, insbesondere bei Personen, die derzeit unfreiwillig Teilzeit oder in geringfügiger Beschäftigung arbeiten

- Hinter den Klagen der Unternehmer über „Facharbeitermangel“ verbirgt sich hauptsächlich der Wunsch, in möglichst billiger Form zu qualifizierten Arbeitskräften zu kommen

- Jedenfalls wäre es ein falscher Weg, einen behaupteten bzw. in einigen Bereichen auch tatsächlich bestehenden Fachkräftemangel allein durch mehr Zuwanderung behoben zu wollen. Es gibt genügend Beispiele, die zeigen, dass der Schlüssel zur Lösung des Fachkräfteproblems in einem qualitativ hochwertigen Ausbildungssystem liegt

Josef Wöss:

- Eines der gängigsten Argumente in der Pensionsdebatte ist, dass der starke Anstieg des Altenanteils mehr oder minder zwangsläufig zu einem entsprechenden Anstieg der Pensionsquote und damit zur Unfinanzierbarkeit der Pensionen führen wird. Katastrophenszenarien bauen in aller Regel auf dieser Behauptung auf

- Altenquote ist aber nicht gleich Pensionsquote: Trotz einem prognostizierten Anstieg der Altenquote um 66% bis zum Jahr 2030 würde die Pensionsquote bei Realisierung des „WIFO-Wachstum-Szenarios“ (Anstieg der Erwerbsbeteiligung auf ein Niveau, wie es derzeit in nordischen Staaten gegeben ist) deutlich geringer ansteigen als der 30%-Anstieg dieser Quote, der zwischen 1970 und 2000 zu verkraften war

- Etliche Faktoren (steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen, Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters etc.) lassen erwarten, dass es zu einem deutlichen Anstieg der Beschäftigungsquote kommen wird

- Der von manchen propagierte Umstieg auf Kapitaldeckung und die (Teil)Privatisierung der Alterssicherung sind keine sinnvolle Antwort auf die Alterung (nicht billiger, nicht sicherer, nicht demographieresistenter, kein sozialer Ausgleich, Doppelbelastung während der Übergangsphase etc.)

- Die dringlichsten Aufgaben zur Bewältigung der demographischen Herausforderung liegen nicht im Pensionssystem (dort wurden in den letzten Jahren etliche – wenngleich zumeist nicht gerade glückliche – Reformen durchgeführt), es sind dies die Verbesserung der Erwerbschancen Älterer, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Sicherung einer guten Ausbildung für die Jugendlichen sowie die Sicherstellung einer flächendeckenden, berufsbegleitenden Weiterbildung